

Ercheit täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntag- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf., 1/2 jährl. 1.50 Pf.
Prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 Pf.

"Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezogen, kostet
monatlich 10 Pf., 1/2 jährlich 30 Pf.

Volkswort

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskensels-Bezirk,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geckstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraph-Adresse: **Volkswort Halle/Saale.**

Inserionsgebühren
betragen für die Gehpaltene
Zeitspalt oder deren Raum
15 Pf., für Wohnungs-
Verweise und Veranlagungs-
anzeigen 10
Im redaktionellen Texte
kostet die Zeile 50 Pf.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vermittels 1/2 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7059.

Nr. 232

Halle a. S., Mittwoch den 4. Oktober 1899.

10. Jahrg.

Zur südafrikanischen Krise.

Werners hat ein englischer Minister, der liberale Unionist
Herzog von Devonshire, sich zur Krise geäußert, und zwar
in ganz chauvinistischem Sinne.
Auf die Erteilung des Wahlrechts an die Ausländer sei jetzt
sein Wert zu legen. Ueber die Forderungen, die von der
englischen Regierung jetzt gestellt würden, sagt er nur,
man würde sie nicht finden. Die militärischen Vorbereitungen
Transvaals hätten Großbritanniens indessen „gezungen“,
häßliche Vorkehrungen zu treffen. Wegen der hierdurch veran-
lassigten großen Ausgaben werde das Parlament binnen kurzer
Zeit einberufen werden, falls nicht beruhigende Umstände ein-
treten sollten, was man indessen kaum annehmen könne. Er
schloß, daß, wenn auch die Ausländer nicht hoffnungslos seien,
er sich doch noch darauf verlasse, daß in Transvaal besser be-
ratene Leute die Oberhand erlangen würden.

Wenn man in England besser beratene Leute die Oberhand
gewinnen müßten, so würde es sehr wenig Auswärts. Doch wer-
dient es hervorgehoben zu werden, daß selbst konservative Poli-
tiker gegen die Kriegsheße ihre Stimme erheben. So hat das
der ehemalige Generalstaatsanwalt Sir Edward Clarke in
einer wichtigen Rede gesagt.

Die Kriegsvorbereitungen nehmen indes in Südafrika ihren
beiderseitigen Fortgang. Die Buren scheinen ihre Haupt-
verteidigungsstrategie in Volkskraft, nicht an der Grenze der
Kolonie Natal, zu konzentrieren, umweit der historischen Punkte
Majuba-Berg und Voings Nek. Tausende von Bürgern, wie
man das bekanntlich hinget, sind, sowie auch Truppen, ist
bereits dahin abgezogen. Aus Pretoria wird vom 30. Sept.
gemeldet: Der Volksrat hat beschlossen, daß die jetzigen Aus-
länder, die jetzt mit den Buren gemeinschaftliche Sache machen,
nach dem Kriege das volle Wahlrecht erhalten sollen. Ein
deutsches Freiwilligenkorps von 300 Mann ist nach Volkskraft
abgegangen, ein holländisches Freiwilligenkorps geht morgen
ab. Mehrere Regierungsdepartements, mit Einschluß des hohen
Gerichtshofes, werden geschlossen. Es wird dann sofort das
Kriegsrecht proklamiert und der postalische Verkehr mit dem
Auslande eingestellt werden. Heute nachmittag wurde eine ge-
meinnützige Sitzung der beiden Räte abgehalten. Über
4000 Buren sind jetzt in Volkskraft und in Sandpruit ver-
sammelt. In Voings Nek, in der Nähe von Kimberley und eben-
so an der Nordwestgrenze von Natal sind große Scharen von
Buren zusammengezogen. Das irische Kreuz geht diese Woche
an die Grenze, um die Buren zu unterstützen.

Von englischer Seite wird folgende, augenscheinlich über-
triebene Nachricht über die Kriegspläne der Buren verbreitet:
Es haben ungewissheit wenigstens 20 000 bewaffnete Buren,
die mit Pferden reich versehen sind, an verschiedenen Punkten
der Grenze von Transvaal, besonders in der Richtung von
Natal, Aufstellung genommen. Sie werden nach dem 30. Sept.
dorthin, zu rücken sich, daß sie die benachbarten, nächsten Mittwoch
in Natal einrücken und alle Engländer ins Meer zu treiben.
Es sieht wirklich so aus, als ob in Natal bedeutende Truppen-
massen einfallen wollten.

Obwohl häufig die Engländer ihre Truppen an den Grenz-
punkten zusammen, so daß die Räte ans Kulverfas ge-
legt ist.

Geschichte.

Halle a. S., 3. Oktober 1899.

Rein Schandgesetz. Der badische Staatsminister Eisen-
lohr hält die Bezeichnung „Schandgesetz“ für die Justizaus-
vorlage als genügend zur Auflösung einer Versammlung. Im
nächsten Brünning, so lesen wir in der Frankf. Zig., war am
18. Juni eine Verammlung wegen des genannten, vom Sen-
torde gebrauchten Ausdrucks aufgelöst worden. Zwei Monate
später hielt Eisenlohr im gleichen Kofal eine zweite Verammlung
mit demselben Thema ab, wobei er diese als Fortsetzung der
ersten bezeichnete und dabei ausführte, es sei zu bezweifeln, ob
der Ausdruck „Schandgesetz“ die Auflösung rechtfertige, wenn
er auch vielfach unparlamentarisch sei. Daraufhin wurde auch
diese Verammlung aufgelöst, wogegen Bescheid wurde beim Mini-
sternum eingereicht wurde. Vom Staatsminister Dr. Gieseler
sich geltend gemacht wurde nun diese Bescheid abgewiesen. Die
Begründung lautet:

Die Bezeichnung „Schandgesetz“ enthält eine Beleidigung
des Bundesrats, aus dessen Beratung der Gesetzentwurf hervorgegangen ist, somit eine strafbare Handlung.
Die Bezeichnung einer solchen in oder durch eine Verammlung
rechtfertigt aber nach §§ 4 und 11 des badischen Vereins- und
Versammlungs-gesetzes die Auflösung. War also die Auf-
lösung vom 18. Juni richtig, so konnte die Verammlung vom
28. August nach § 11 des Ver.-Ges. schon deshalb aufgelöst
werden, weil sie vom Redner vornehmlich als Fortsetzung
der aufgelösten Verammlung bezeichnet und nach dem Ver-
trag, als durch den Ausdruck „Schandgesetz“ nicht gerecht-
fertigt zu erklären, hauptsächlich als Fortsetzung jener Verammlung
behandelt wurde. Es ist danach ganz gerechtfertigt, ob
der überwachende Beamte die Verammlung vom 28. August
schon nach diesem Nachforschungsbericht des Redners oder
erst dann auflöste, als letzterer die zweifelslos die Auflösung
rechtfertigende Äußerung „ein Schandgesetz ist es doch“
gekau hat.
Letztere Äußerung wird übrigens vom Redner in Rede ge-
führt. Schöne Auflösungen können die Richter bald auch nicht
mehr wie die Badener. Die Würdener Richter denken darüber
anders als der Nationalliberale Eisenlohr.

17 Millionen Mark fällig. Für den Ankauf der Karo-
linen überreichte die Niederer Bank am Sonntag den Auf-

trage der Deutschen Bank in Berlin dem spanischen Schatzkammer
25 Millionen Pesetas, die das Deutsche Reich für die Ab-
tretung der Südsee-Inseln schuldet. Am Sonntag besuchte
Silvela den deutschen Botschafter von Radomiz in St. Se-
bastian, um ihm den Empfang der Summe zu bestätigen.
Damit ist der Anlauf der Karolinen seitens des Deutschen
Reichs endgültig abgeschlossen. Wir haben die wertvollen Inseln
und die Spanier haben unter ganz Geld.

Ein Verfahren wegen Kaiserbeleidigung ist gegen den
Herausgeber der Deutschen Agrarverpöndung, Edmund
Klapper, eingeleitet worden wegen seiner „politischen Briefe“,
in denen er die Ernennung von Ministern forderte, welche ge-
wollt seien, „mit dem Kaiser zu ringen und ihn zu über-
winden“. Wie Edmund Klapper in der Deutschen Agrar-
verpöndung mitteilt, findet die Verhandlung am 17. Oktober
vor dem Landgericht in Meibitz statt. Das Vorverfahren
schloß sich seit dem 11. September. Der Gegenstand des Haupt-
verfahrens bildet die Gesamtenzigen Briefe; also die
darin gegebene eingehende Betrachtung der grundsätzlichen
Stellungnahme des Staatsoberhauptes zur preussischen Ver-
fassung, sowie die daran geknüpfte Erörterung der staatsrecht-
lichen Frage: ob in den Vorgehänge vor und nach der Ab-
stimmung über die Kammlage — Vereinfachung von Abge-
ordneten und deren höhere Würdigung als Beamte — nur
eine politisch vielfach unzulässige, aber doch gesetzlich zulässige
Handlung, oder ob darin vielmehr ein Verfassungsbruch ge-
geben sei.

Ausland.

Oesterreich. Das Kabinett Clary-Adriangen ist kon-
stituiert. Es besteht aus folgenden Mitgliedern: Graf Clary
Voritz und Adlerhof, v. Klerer Jancetz, v. Mittel Gien-
bach, Graf Wolfersheim Landesverteidigung, Oberlandes-
gerichtspräsident v. Künbinger Juritz, Sechenschef Freiherr
v. Kolbensteiner Leiter des Finanzministeriums (nach einer
anderen Meinung hat Kolbensteiner nachträglich abgetreten und
Ritter v. Köhl ist an seiner Statt in Aussicht genommen),
Sekretariat v. Hartel Leiter des Unterrichtsministeriums. Die
Publikation der neuen Ministerliste soll am Dienstag er-
folgen.

Das Kabinett ist das richtige Beamtens-Ministerium, ohne
andere politische Merkmale, als die der Deutschfreundlichkeit.
Die Klubs der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen
Volkspartei sind bereits für Dienstag eingeladen, um zu be-
raten, auf welche Weise man der bisherigen Zerstückelung der
deutschen Parteien entgegenarbeiten müsse und ob eventuell
eine große einheitliche deutsche Partei gebildet werden könne.

Serbien. Der Nachfolger des Scharifas Milan ist immer
noch nicht gefällig. Aus Belgrad werden wiederum neue „Ver-
haftungen“ gemeldet.

Milan scheint seine Zeit eben nach Kräften auszumunnen.
Wenigstens wird der könig. Jig. aus Belgrad gemeldet, zahl-
reiche Angehörige deuteten darauf hin, daß sich Milan schon in
kurzer Zeit in irgend einer Form von den Staatsgeschäften
zurückziehen werde. Er wartet nur das Zustandekommen
eines neuen Bündnis ab, der eine Art Wechsellandes Milans
für alle Fälle begründen soll; bis dahin soll auch die Oppo-
sition verhindert, bzw. sollen die deputierten Radikalen als
Geiseln gehalten werden.

Das ist eine sehr durcheinander gesteckte Forderung der Ablicht des
Obergauners, die verurteilten Radikalen gegen sofortige, er-
hebliche Barzahlungen zu „begnädigen“. So wird's ge-
macht!

Pölzisches und Gerichtliches.

8 Im Goetheländchen waren seitens unserer Genossen zum
vorigen Sonntag 20 Verammungen einberufen, in welchen
Entscheidungen eine einzelne Kartell international in eine Aus-
nahme überhand nehmenden Verammlungsverbote. Diese Ver-
ammungen sind alle — bis auf 2 oder 3, die in kleinen Orten
stattgefunden — verboten worden. Der Abg. Baudert
fordert in der Krise an, sofort gegen alle Verbote Beschlüsse
zu erlassen, ihm gleichzeitig aber alle auf erhobene Beschwerden
erhaltenen Schriftsätze zu übergeben, damit er die Sache nicht
allein im Landtag, sondern auch im Reichstag vorbringen kann.
Wenn die Herren am grünen Tisch glauben, die Sozialdemokratie
auf diese Weise vernichten zu können, so dürfen sie sich ge-
wattigen. Gegen eine derartige Rechtsmischung wandelt
sich bereits ein hirtentliches Blatt, die Eisenader Tagespost,
welche u. a. das von der Regierung angewandte System als ein
sehr laudables bezeichnet und fortführt: Man hat in rechtlich
benannten freien Reichsländen niemals angenommen, daß ohne
Ausnahmungen eine einzelne Kartell international in eine Aus-
nahmehaltung gebracht werden und der Herrs wert gehalten
werden können, die anderen Staatsbürgern eingeräumt sind.
Denn, daß durch sozialistische Verammlungen die öffentliche
Ruhe und Sicherheit gefährdet werden würde, kann im Grunde
keine Rede sein. Es ergibt sich aus der beherrschenden Wah-
regel also, daß der Grundbes des gleichen Rechts nicht mehr
gehen soll.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten!
Parteinaufrichten.

— Die Parteigenossen des Sozialistischen Halb-
Hirschen nehmen den Wahlkampf an. Die Vertrauens-
leute des Wahlkreises beschäftigen in einer am Sonntag ab-
gehaltenen Konferenz, einer demnach einzuberufenden Kreis-
verammlung zu empfehlen, den Abg. Albert Schmidt
wiederum als Kandidat für den Wahlkreis aufzustellen. Die
Konferenz war von sämtlichen Vertrauensleuten besucht. Der

vorgenannte Beschluß wurde ohne Widerspruch gefaßt. Ueber
das hatte Urteil beruht im Kreis nur eine Meinung.
Voreit wird natürlich die Entscheidung des Reichsgerichts
abgewartet werden müssen. Wie dieselbe lauten wird, ist freilich
nicht leicht abzusehen.

Stadtvorordneten-Sitzung

vom 2. Oktober 1899, nachmittags 4 Uhr.

Vorher: Titteberger.

I. Für Ausbesserungsarbeiten an der Ulrichsstraße, wozu
bereits eine Mittelsumme von 2500 Pf. vorzulegen, werden aus der
Ersparnisüberschüsse pro 1898 noch 2889.59 Pf. nachverlangt,
da hierzu ein Kostenaufwand von 5000 Pf. veranschlagt worden
war. Der Magistrat denkt mit der Nachvermittlung auszu-
kommen.

II. Die Verlängerung des Mietzinsgemeinschafts mit der
Sondergesellschaft J. Klein in rief eine kleine Debatte hervor,
in der der Stadtv. Grote sich gegen das Aufkommen der
großen Warenbezugs ausbräut. Der Magistrat beantragte,
zugleichmit, daß der Sondergesellschaft J. Klein die drei
Läden im Hofsteingebäude, für welche die Gesellschaft zur Zeit
jährlich 23 000 Pf. Miete zahlt, und der unter dem Hauptort der
Kostfellergebäude belegene Verbindungsgang vom 1. April
1901 ab auf weitere 8 Jahre unter den bisherigen Mietzins-
bedingungen und zu den jährlichen Mietzinspreisen von 25 000 Pf.
besitz 75 Pf. überlassen werden. Bei einer öffentlichen Ver-
schreibung der Wiedervermietung soll Abstand genommen wer-
den, da die Firma Klein den Mietzins selbst erhöht hat, stets
eine zahlungsfähige und ordentliche Mieterin gewesen ist und
die Stadt in Folge der Zustimmung zu diesem Vorhange auf
eine Reihe von Jahren der Sorgen wegen Wiedervermietung der
drei Läden erlitten sein wird. Ein Antrag, die Läden nur
auf 6 Jahre zu vermieuten, wurde abgelehnt und den Vorschlag
des Magistrats zugestimmt.

III. In Verfertigungsarbeiten in der Maschinenhalle des
Schlachthofes werden die erforderlichen Mittel von 3500 Pf.
aus den Ersparnissen der für die Erneuerung der Abfallanlage
benutzten Mittel und soweit diese nicht ausreichen, aus dem
Erneuerungsfonds des Schlachthofes bewilligt. Stadtv. Krüger
erzählt gelegentlich dieses Beschlusses das Vorgehen des Maschinen-
meisters Krueger, der lebhaft sei und durch sein Auftreten gegen
die Untermerkung und Wärter Veranlassung zu einem bedeu-
tenden Personenschwechsel gegeben habe. Es ist wünschenswert,
daß hiergegen eingeleitet werden, damit der Stadt umwüste Kosten
erparnt werden. Der Stadtv. Schmidner beschloß, daß der
Magistrat Kreis seit längerer Zeit lebhaft sei und wiederholt
es sich als notwendig erweise habe, für die Zukunft einen neue-
rlichen ersten Maschinenmeister anzustellen. Es soll demgemäß
eine Vorlage gemacht werden.

IV. Für Wölkung von Zimmern an dem Schlachthofe
werden Mittel bis zum Betrage von 400 Pf. aus dem Er-
neuerungsfonds des Schlachthofes bewilligt. Es soll die Dienst-
wohnung eines Wäffentierarztes am Schlachthofe ausmüßiger
werden.

Der Erwerb von Straßengrund vom Grundstück Geß-
straße 5 wird beschloßen. Der Befiger, Elektrizitätler Rand-
rod Hoff, hat aus Anlaß des Neubaus 5,79 Quadratmeter Grund-
stück einmüßig abzutreten. Er beansprucht ursprünglich
150 Pf. pro Quadratmeter, hat nachträglich aber seine Forderung
auf 120 Pf. ermindert.

V. Die Firma Weckhoff-Winde hat beschloßen, in dem
auf ihrem Grundstück zu errichtenden Neubau Leipzigstraße
Nr. 6 selbst eine elektrische Anlage zu errichten. Es will aber
davon Abstand nehmen, wenn ihr seitens der städtischen Ver-
waltung die elektrische Stromleitung an dem Neubau vom
15. November nächsten Jahres nicht gestattet wird. Der städ-
tischen Bedenken, daß die zu errichtende elektrische Zentrale
bis zu dem Zeitpunkt nicht fertig sein wird, weshalb eine provi-
sorische Anlage zur Erzeugung elektrischer Energie in Aussicht
genommen werden ist. Eine solche Anlage kann ohne besondere
Schwierigkeiten und ohne allzu großen Kosten unter Zuhilfenahme
einer Lokomobile z. beschloß werden. Der Magistrat
müßigt, um den Konjekturen nicht zu verlieren, die Zu-
sicherung geben zu dürfen, und erlaubt um die Zustimmung der
Stadtvorordneten. Einige Stadtvorordnete beschloßen, daß die
durch erhebliche Kosten entstehen würden und erwidern die Sache
zu vertagen. Der Stadtv. Krüger bemerkt, man möge im vor-
liegenden Falle nur nicht toerzuehen thun und die ob. Kosten
für eine provisorische Anlage nicht allzu hoch fürchten. Man
möge lieber nicht darüber in einer Beschloßung, an der nur
wenige Personen teilnehmen, beratscheln. Es sei ihm zu schlimm,
wenn einmal ein paar Tausend in das Beschloß gefloßen würden;
man möge nur sparen, wenn es notwendig ist. Der Antrag
auf Vertagung der Sache wird abgelehnt und dann wird be-
schloßen, jener Firma die Zusicherung zu geben, wenn sie sich
bereits über den Preis für den elektrischen Strom zu halten,
wie er von der Stadt festgelegt wird.

VI. Die Verteilung des Spor- und Baubereits, betreffend
den Ausbau der Knudwigstraße, wird dem Magistrat als Material
übergeben.

VII. Die Entlastung der Rechnung über den Theater-
Erneuerungsfonds für 1897 wird erteilt. Die Einnahme betrug
56 511.24 Pf., die Ausgabe belief sich auf 55 774.59 Pf.,
bleibt somit ein Bestand von 736.35 Pf.

VIII. Einem Antrage, den Personalbesoldungsstatte für die
städtischen Lehrer Schulen betreffend, wurde zugestimmt.
X. In das Statut einer Stiftung wird an Stelle
des ausgeschiedenen Stadtv. Demuth der Stadtv. Billing
gewählt.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 3. Oktober 1899.

Die geschlossene Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung
dehnte sich gestern bis gegen 8 Uhr aus; sie hatte aber
auch den seitens des Magistrats gemüßigten Erfolg. Nachdem
die Wahl zweier unbescholtenen Stadträter nur teilweise erledigt
worden, indem der frühere Stadtrat Herr Tolitz mit 89 von
87 abgegebenen Stimmen wiedergewählt, die Wahl eines zweiten

